

# Neues Anzeiger

№ 21

Donnerstag, den 18. Februar 1932.

45. Jahrgang

## Ablösung der Gebäudeentfaltungsteuer.

### Der Inhalt der Durchführungsverordnung.

Nach der Ministerordnung vom 8. Dezember 1931 wird zunächst reichsrechtlich die Steuer nach dem Gesetz über den Gebäudefürsorgeausgleich an bebauten Grundflächen folgendermaßen geleistet:

- vom 1. April 1935 ab um 25 Prozent,
- vom 1. April 1937 ab um weitere 25 Prozent.

Vom 1. April 1940 ab wird die Steuer nicht mehr erhoben. Der Entzug begründet sich durch die volle Zahlung des Ablosungsbetrags für das Rechnungsjahr 1932. Geltung hat die Verordnung für die niedrigeren oder erlosenen ohne Berücksichtigung der niedrigeren oder erlosenen Beträge. Hierbei ist zu beachten, daß vom 1. April 1932 ab für das Rechnungsjahr 1932 eine Entzug um 20 Prozent eintritt.

Der Eigentümer ist berechtigt, die Hauszinssteuer bis zum 31. März 1934 durch Zahlung eines Betrages abzulösen, und zwar ist die Zahlung des Ablosungsbetrages bis zum 31. März 1932 das Dreieinhalbfache des vollen Jahresbetrages der Hauszinssteuer zu entrichten. Bis zur Entziehung des Ablosungsbetrages ist die laufende Hauszinssteuer weiter zu zahlen. Der Eigentümer kann beantragen, daß eine zur Ablösung der Hauszinssteuer aufgenommene Hypothek im Grundbuch mit dem Range vor allen anderen Rechten eingetragen wird, Geldgeber der Hypothek muß ein nach Gesetz oder Satzung Grundrecht gebendes Unternehmen (Spar- oder Sparkassenbank, Sparkasse, Versicherungsunternehmen usw.) sein. Das Unternehmen entrichtet dann den Betrag direkt an die Steuerbehörde.

An einer Vollstreckung des Reichsrates befristetlich ist dieser mit einer Durchführungsverordnung zur Ablösung der Gebäude-Entfaltungsteuer. Die Ablösung der Gebäude-Entfaltungsteuer liegt sowohl im fiskalischen Interesse der Länder und Gemeinden, da sie ihnen größere Barbeiträge zur Schuldentilgung und damit zur Beförderung ihrer Kassenlage verschafft, wenn auch auf Kosten der Zukunft, wie auch im Interesse der Hauseigentümer, denen sie erhebliche finanzielle Vorteile bringt. Bei der Ablösung der Steuer durch den dreifachen Jahresbetrag würde sich der Eigentümer, bei Sparten der Verzinsung und entsprechender Tilgung seiner Hypothek um gut ein Drittel heben.

Die Reichsraatsausschüsse glauben, den Anreiz zur Ablösung der Steuer noch verstärken zu sollen. Auf ihre Abfertigung ist in der oben erst erschienenen Ministerordnung vom 6. Februar einmal die Ablösung mit dem dreifachen Betrag und noch bis zum 30. September 1932 zugelassen und außerdem bestimmt, daß bis zum 30. September daneben noch zu erhebende laufende Steuerbeträge zur Hälfte auf die Ablösungsumme anzurechnen sind. Weiter wird die Eintragung von Privathypotheken als Ablösungshypothek zugelassen, während die Ablösung bisher bei Hypotheken der Realreditinstitute zulässig war. Den Interessen des bisher an erster Stelle eingetragenen Hypothekengläubigers ist dadurch Rechnung getragen, daß er ein Vorkrecht auf die Ablösungshilfe hat, wenn er zur Nachschußgewährung ebenfalls bereit ist wie ein anderer Interessent.

Durch diese Änderung, die die letzte Ministerordnung brachte, hatte der Reichsrat vorgelegte Entwurf einer Durchführungsverordnung wesentliche Änderungen und eine

erhebliche Wertminderung erfahren. Die Reichsraatsausschüsse nahmen noch gewisse Änderungen vor, die den Anreiz zur Ablösung weiter erhöhen sollen. So ist die Befugnis, den Ablosungsbetrag von dem einkommen- und forsparschaftssteuerpflichtigen Einkommen abzugleichen, auch auf die Gewerbesteuer ausgedehnt worden. Bei der Wertzuwachssteuer soll bei der Berechnung des Wertzuwachses der Ablosungsbetrag dem Erwerbepreis hinzugegerechnet werden.

Hinsichtlich der Grundsteuer der Länder und Gemeinden verbleibt es nicht nur bei der Bestimmung, daß die Grundsteuer zu keinem höheren Steuersatz herangezogen werden dürfen als die nicht abgelösten Grundsteuer, sondern darüber hinaus soll der Reichsfinanzminister vor der nächsten Einheitsberatung eine Bestimmung darüber treffen, daß dem Grundsteuereigentümer aus der Ablösung keine steuerlichen Nachteile entstehen.

Die Reichsregierung wird im Einvernehmen mit den Reichsraatsausschüssen in einer Presseerklärung mit dem Nachdruck den Befürchtungen entgegenzutreten, als könnte ein solcher Abbau der Grundsteuer als vorgelegen vorgenommen werden und an anderer Stelle eine Steuererhöhung treten, wodurch die Grundeigentümer, die die Grundsteuer abgelöst haben, benachteiligt würden. Der Reichsrat stimmte der Verordnung in der Ausschussfassung zu.

## Die Durchführung der Lohnsenkung.

9.6 v. h. seit dem 1. Dezember 1931.

Berlin, 16. Februar

Die amtlichen Zahlen über die Durchführung der Lohnsenkung bis zum Januar 1932 liegen nimmere vor. Nach den vorläufigen Feststellungen der amtlichen Tarifkommission ist für den 1. Januar 1932 für eine Senkung der Tariflohnsumme im Durchschnitt aller Arbeitergruppen gegenüber dem Stande vom 1. Dezember 1931 um 9,1 v. h. eingetreten.

Die Senkung betrug im einzelnen für Facharbeiter 9,1 v. h., für angelernte Arbeiter 10,2 v. h., für Hilfsarbeiter 1,3 v. h., für weibliche Fach- und angelernte Arbeiter 11,4 v. h., für Hilfsarbeiterinnen 11,3 v. h.

Die größere Senkung der Lohnsätze für weibliche Arbeiterkräfte ist darauf zurückzuführen, daß diese überwiegend in den Gewerben vertreten sind, in denen die Tariflohnsumme vom Dezember zum Januar stärker zur Ausweitung kam. Verhältnismäßig stark wirkte sich die Senkung in der papierverarbeitenden und in der chemischen Industrie aus, verhältnismäßig schwächer dagegen in der Textilindustrie.

## Starker Rückgang.

Halbierter Ausfuhrüberschuß im Januar 1932.

Berlin, 16. Februar.

Die Handelsbilanz zeigt im Januar einen tatsächlichen Ausfuhrüberschuß von 105 Millionen RM. Einschließlich der Reparationsausfuhr betrug der tatsächliche Ausfuhrüberschuß 117 Millionen RM. Im Dezember 1931 war die Handelsbilanz bei Abziehung der damaligen Sammelanforderungen mit 218 Millionen RM aktiv.

Die für Januar festgestellte Einfuhr

beziffert sich auf 440 Millionen RM. Die tatsächliche Jauvareinfuhr beträgt jedoch nur 425 Millionen RM, da in der ausgewiesenen Zahl noch rund 15 Millionen RM an

Sagerabrechnungen aus dem Vorjahre enthalten sind. Gegenüber dem Vormonat ist die Einfuhr somit um 65 Millionen RM zurückgegangen.

Die Ausfuhr ist von 708 Millionen im Dezember, wo sie mit 738 Millionen RM einschließlich 30 Millionen RM nachträglicher Sammelanforderungen ausgerechnet wurde, auf 542 Millionen RM im Januar zurückgegangen. Die Reparationsausfuhr betragen 12 Millionen RM gegenüber 26 Millionen RM im Vormonat. Für die Gesamtsumme einschließlich Reparationsausfuhr ergibt sich im Ausfuhrüberschuß um 166 Millionen RM.

Die Fertigerwaren sind daran mit 143 Millionen RM beteiligt.

## Das Programm der Abrüstungskonferenz

Genf, 16. Februar.

Nach einem lauten vom Präsidium geleiteten Beschluß soll die Generalaussprache der Abrüstungskonferenz in dieser Woche zum Abschluß gebracht werden. Es sollen deshalb ersten täglich zwei Sitzungen abgehalten werden. Die Verhandlungen sollen in der nächsten Woche beginnen und kurz vor Ostern unterbrochen werden. Man nimmt an, daß die Dauer bis Mal dauern wird. Der Abschluß der ganzen Abrüstungskonferenz soll noch vor der Septemberverammlung der Völkerbundes erfolgen.

Zur Mitteilung nach Zolchauer Notizen der deutschen Vorkonferenzvorsitzende in der Konferenz erklärten.

## Generalstreiks in spanischen Städten.

Madrid, 16. Februar.

Im Verlaufe einer Streikbewegung der Kommunisten und Sozialisten kam es in ganz Spanien zu ersten Zwischenfällen, so insbesondere in Barcelona bei Barcelona, wo die mit Bomben und Schußwaffen versehenen Arbeiter das Rathaus besetzten, den Bürgermeister gefangenhielten und die Kommissariate hielten. In Bilbaio wurde ein Postamt in Brand gesetzt. In Sevilla, Cadix und Socha ist der Generalstreik allgemein; in Malaga und Saragozza herrschen Teilstreiks. In Madrid wurden verschiedentlich Bomben geworfen.

## Auffeherregender Einbruch.

Dokumente und Chiffrierbüchse gestohlen.

Genf, 17. Februar.

Ein schwerer Einbruchsbestahl ist bei der amerikanischen Abordnung im Hotel „des Berges“ verübt worden. Nach den bisherigen polizeilichen Ermittlungen fand drei bisher noch nicht festgestellte Personen in das Büro der Abordnung eingebrochen.

Die verschlossene Aktenmappe des amerikanischen Konsuls spannen sie mit einem Messer geöffnet worden. Mit dem Geheimschlüssel ist jedoch der Aktenschrank geöffnet und zahlreiche Dokumente sind gestohlen worden. Von amerikanischer Seite verurteilt, daß zwar wichtige politische Schriftstücke nicht gestohlen seien, jedoch der Chiffrierbüchse fehlte.

Die Ermittlungen der Genfer Polizeibehörden sind bisher noch erfolglos geblieben worden, daß die Tatorte des Einbruchs der Urheber des Einbruchs zu ermitteln.

## Elisabeth von Oesterreich

### Die Leidensgeschichte einer Frau

Bearbeitet von Carl-Walther Braumann

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

Die einzige Liebhaberin der Kaiserin, die Gräfin Sarrich, vermachte mich als einmal, die Zante zu sehen und zu sprechen, aber ich sollte keine Zeit haben. Am 1. April verließ die Kaiserin langsam im Sommer. Nur einmal noch war sie wieder so teuer. Ich wieder lebendig geworden. Sie reiste nach Paris und ließ hier durch die Gräfin Sarrich für ihren einzigen Sohn ein herrliches Denkmal errichten. Die nächsten Jahre vergingen wie früher. Reisen und Wandern! Das war die einzige Lebensfreude der Kaiserin geworden.

Am Jahre 1897 war sie nach langer, langer Zeit wieder einmal in Wien, wo sie die Kaiserin heiratete und den Zarsohn ihres Sohnes besuchte. Am Nachmittag des letzten Tages fuhr sie nach Maffra, das auf feierlichen Wunsch hin in ein Kloster umgewandelt worden war und seit der Zeit zum „Heiligengraben“ gehört. Auch hier betete Elisabeth für das Seelenheil ihres Liebsten und seiner Geliebten. Einige Zeit vor Heiligerden in Wien, als sie eine neue Trauermode trug.

In Paris war am 24. Mai 1897 in dem Hof der Kärntner Brand umgebrochen, bei dem auch die Schwelger Elisabeth, die Herzogin Sophie Charlotte von Monaco ihr Leben lassen mußte.

Als diese neue Hochzeitsfeier die Kaiserin erreichte, nahm sie sofort wieder ihr altes Monarchenkleid an, das sie durch ganz Europa trug. Von Wien ging es nach Paris, von dort nach London, nach Petersburg und endlich nach Paris, wo sie am Grab ihres Liebsten, des Prinzen Heinrich, seine ein paar Blumen niederlegte. Im März 1898 landete sie nach langen Kreuzfahrten in der Schweiz. Elisabeths Herten waren nicht besser geworden, so daß die Ärzte das Schlimmste befürchteten.

XXII.

Anfang September reiste sie infolge nach Genf zu der Antonia Reichel. Die letzte Zeit über war sie besonders unruhig und nervös gewesen. Ihre Wohnung hatte die Kaiserin in Genf in einer Suite des Hotels Beau Rivage am Seeufer.

Am 10. September 1898 herrschte die übertriebene Zustand Elisabeths darob, daß sie ihrem Geliebten, alles zur sofortigen Abreise vorbereitete. Die Herren des Hofes und die Dienerschaft der Kaiserin, während die Kaiserin eine Handtücher wusch. Nur von einem Diener und ihrer Gesellschafterin, Gräfin Staran, begleitet, verließ sie frühzeitig das Hotel und begab sich zur Dampferanlegestelle, von der sie mit dem Dampfer über den Genfer See fahren wollte.

Es war inzwischen Mittag geworden, und von einem nahen Fischerboot sah sie 7 1/2 Uhr.

Genet betrat die Kaiserin den Dampfer, als ihr ein kleines schmachtiges Mädchen gegenübertrat. Elisabeth wollte zur Seite treten, hörte aber in diesem Augenblick einen Stoß. Schwarz wurde es vor ihren Augen — dann brach sie lautlos zusammen.

Bestürzt sah die Gräfin Staran zu und konnte die Kaiserin gerade noch in ihren Armen auffangen. Man brachte Elisabeth auf den Dampfer. Man öffnete ihr das Kleid. — Ein einziger Stoß über dem Herzen und sie lag ohne Bewußtsein, aus der einige Tropfen Blut quollen. Der Attentäter hatte ihr einen Stich beibringen. Elisabeth konnte nicht berichten, sie war bewusstlos. Man brachte die Kaiserin auf einer präparierten Bahre ins Hotel Beau Rivage zurück. Noch einmal schlug ihr Elisabeth die Augen ab, und ein Wort kam von ihren Lippen — aber keiner der Umstehenden konnte es verstehen.

Die herbeigeholten Ärzte bemüht sich um die Kaiserin, aber schon nach wenigen Minuten hörte das Herz zu schlagen auf.

Das Attentat auf die Kaiserin Elisabeth war bald in aller Munde. Der Täter konnte bald gefaßt werden. — Es war der italienische Anarchist Luigi Lucheni. Ein Wort war begangen worden.

Warum? Für was?

Als Kaiser Franz Joseph den Tod seiner Gemahlin erfuhr, rief er in seinem wilden Schmerz: Niemand weiß, wie sehr ich diese Frau geliebt habe! Mir bleibt auch nichts übrig als die Selbstmord.

In diesen wenigen Worten liegt sich der ganze Schmerz des Kaisers wieder.

Der Wort an die Kaiserin Elisabeth von Oesterreich war an einem Sonntag erfolgt. Ganz Deutschland, die Schweiz und das Ausland wurden mit Trauerbann überhüllt, die aber nur den Tod der Kaiserin meldeten. Erst am Montag, dem 12. September 1898, brachte Genf die erste offizielle Nachricht, die dann auch alle Tageszeitungen trugen. Sie hatte folgenden Wortlaut:

Genf, den 12. September. Die Kaiserin von Oesterreich wurde heute mittag gegen 1/2 Uhr, nachdem sie das Hotel Beau Rivage verlassen hatte, am sich zur Landungsbrücke zu begeben, in der Höhe des Hotels Beau Rivage, von einem Anarchisten, der sich in der Höhe des Hotels Beau Rivage befand, mit einem Revolver wie folgt erschossen.

Das Attentat auf die Kaiserin Elisabeth wurde bald in aller Munde. Der Täter konnte bald gefaßt werden. — Es war der italienische Anarchist Luigi Lucheni. Ein Wort war begangen worden.

Warum? Für was?

Als Kaiser Franz Joseph den Tod seiner Gemahlin erfuhr, rief er in seinem wilden Schmerz: Niemand weiß, wie sehr ich diese Frau geliebt habe! Mir bleibt auch nichts übrig als die Selbstmord.

In diesen wenigen Worten liegt sich der ganze Schmerz des Kaisers wieder.

Der Wort an die Kaiserin Elisabeth von Oesterreich war an einem Sonntag erfolgt. Ganz Deutschland, die Schweiz und das Ausland wurden mit Trauerbann überhüllt, die aber nur den Tod der Kaiserin meldeten. Erst am Montag, dem 12. September 1898, brachte Genf die erste offizielle Nachricht, die dann auch alle Tageszeitungen trugen. Sie hatte folgenden Wortlaut:

Genf, den 12. September. Die Kaiserin von Oesterreich wurde heute mittag gegen 1/2 Uhr, nachdem sie das Hotel Beau Rivage verlassen hatte, am sich zur Landungsbrücke zu begeben, in der Höhe des Hotels Beau Rivage, von einem Anarchisten, der sich in der Höhe des Hotels Beau Rivage befand, mit einem Revolver wie folgt erschossen.

Das Attentat auf die Kaiserin Elisabeth wurde bald in aller Munde. Der Täter konnte bald gefaßt werden. — Es war der italienische Anarchist Luigi Lucheni. Ein Wort war begangen worden.

Warum? Für was?



# Nebrner Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
 Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM

Schriftleitung: Wih. Sauer in Nohleben.  
 Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Nohleben.  
 Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.  
 Fernsprecher: Amt Nohleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Weltmarkt 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
 Bankkonten:  
 Stadtparisse Nebra — Bankverein Arttern.

4 1 Universitäts- und Landesbibliothek

Nr 21

Donnerstag, den 18. Februar 1932.

45. Jahrgang

## Hindenburg nimmt an.

Eine Rundgebung des Reichspräsidenten.  
 Berlin, 16. Februar.  
 Reichspräsident von Hindenburg gibt auf die an ihn in den letzten Tagen gerollten Aufforderungen und Anfragen öffentlich folgende Antwort:  
 Nach ernster Prüfung habe ich mich im Bewußtsein meiner Verantwortung für das Schicksal unseres Vaterlandes entschlossen, mich für eine etwaige Wiederwahl zur Verfügung zu stellen. Der Umstand, daß die Aufforderung hierzu von nicht einer, sondern von beiden Reichspräsidenten ergangen ist, läßt mich in meiner Vereinerkennung eine Pflicht erkennen. Sollte ich gewählt werden, so werde ich auch weiterhin mit allen Kräften dem Vaterlande treu und gewissenhaft dienen, um diesem nach außen zur Freiheit und Gleichberechtigung, nach innen zur Einigkeit und zum Aufstiege zu verhelfen. Werde ich nicht gewählt, so bleibe ich dem Vorwurfe erspart, meinen Vorgesetzten in schwerer Zeit eigenmächtig verlassen zu haben.  
 Für mich gibt es nur ein wahrhaft nationales Ziel: Zusammenbruch des Volkes in seinem Existenzkampf, wolle hingegen jedes Deutschen in dem härtesten Ringen um die Erhaltung der Nation.

## Empfang des Hindenburg-Ausschusses

Eine Rede des Berliner Oberbürgermeisters.  
 Berlin, 17. Februar.  
 An dem Empfang des Hindenburg-Ausschusses beim Reichspräsidenten nahmen außer dem Oberbürgermeister Dr. Sahm noch teil: Reichsgerichtspräsident a. D. Dr. Simons, für den bayerischen Landesauschuß Regierungspräsident a. D. von Winterstein und Oberst von Geißler, für den württembergischen Landesauschuß Dr. Robert Bolz und General von Maur und für den sächsischen Landesauschuß Reichsanwalt a. D. Oberbürgermeister Dr. Kästz, Oberbürgermeister Dr. Sahm hielt folgende Ansprache:  
 Seit fast sieben Jahren befindet Sie die höchste Würde, die das deutsche Volk zu vergeben hat. Nach der Reichserosehung muß Deutschland in wenigen Wochen erneut seinen Reichspräsidenten wählen. Zur Vorbereitung der Wahl hat sich ein überparteilicher Reichsauschuß unter meinem Vorherrschaft in den alle Schichten des deutschen Volkes vertreten sind. Für diesen Ausschuss stehen heute vor Ihnen Vertreter aus den vier größten Ländern des Reiches, die Ihnen für die Bereitwilligkeit, sich für die Wahl zum Reichspräsidenten erneut zur Verfügung zu stellen, eherdiesig danken wollen. Damit haben Sie erfüllt Ihre Pflicht zum 12. Mai 1925, „der überparteilichen Zusammenfassung aller arbeitsschaffenden und aufbauenden Kräfte des deutschen Volkes zu dienen“, neue Kraft verliehen.  
 Der vom Hindenburg-Ausschuß erstellte Aufruf trägt die Unterschriften von namhaften Vertretern des religiösen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens. Weit hinausgehend über die gesetzliche Voraussetzung von 20 000 Stimmen für einen von den Parteien unabhängigen Wahlvorschlag haben in kürzester Zeit drei Millionen deutscher Männer und Frauen aus Stadt und Land ihren Wunsch zu erkennen gegeben, daß Sie, hochverehrter Herr Reichspräsident, in der jetzigen politischen und wirtschaftlichen Bedrängnis der deutschen Nation als oberster Führer erhalten bleiben. Unabhängig von jeder Organisation des öffentlichen und parteilichen Lebens ist dieser Wille bekundet worden.  
 Millionen Deutscher erblicken in dem Namen Hindenburg die wahre Überwindung des Parteiwesens, das Sinnbild der Volksgemeinschaft, die Führung in die Freiheit, die Erlösung von der ungeliebten Last der Kriegsschuldfrage. In Ausführung des Willens vieler Volksgenossen bitte ich Ihre Excellenz somit Ihre Einverständnis zu erklären, daß Ihr Name auf den Wahlvorschlag für die Reichspräsidentenwahl gesetzt wird.

## Hindenburgs Antwort.

Reichspräsident von Hindenburg dankte beim Empfang des Hindenburg-Ausschusses Oberbürgermeister Dr. Sahm und den anderen erschienenen Herren mit folgenden Worten: „Zunächst danke ich Ihnen, Herr Oberbürgermeister, herzlich für die an mich gerichteten freundlichen Worte.  
 Wie ich in meiner gestern abgegebenen öffentlichen Erklärung bekannt gebe, bin ich bereit, eine etwaige Wiederwahl anzunehmen. Ich handle hierbei nicht aus persönlichem Ehrgeiz, sondern im Bewußtsein meiner Verantwortung für Deutschland und im Gefühl meiner Pflicht.  
 Sie, meine Herren, stehen hier vor mir nicht als die Vertreter einer Partei, sondern als Angehörige der verschiedenen Berufsstände und politischen Richtungen aus allen Teilen Deutschlands.  
 Daß Ihr Ruf an mich nicht ausgeht von einer bestimmten Partei oder Interessengruppe, sondern von zusammenfassenden Ausschüssen aus den verschiedensten Gebieten des Reiches, hat mir meine Entscheidung wesentlich erleichtert.“

Ich erkläre Ihnen daher mein Einverständnis dazu, daß mein Name auf den von Ihnen vorbereiteten Wahlvorschlag für die Reichspräsidentenwahl gesetzt wird, und ich hoffe, so mit meiner letzten Kraft dem dienen zu können, was mir in meinem langen Leben stets hoch und heilig war: dem Vaterlande!  
 Hieran schloß sich eine persönliche Unterhaltung mit den einzelnen Herren.

Hindenburg hat die Kandidatur angenommen. Nicht aus den Händen der Parteien, sondern aus der Hand des Volkes! Der große Wahlkampf hat sich damit zu dem schwersten Entscheidungskampf seines Lebens durchgezogen. Er wird im Wahlkampf gegen einen großen Teil seiner ehemaligen Wähler stehen, von vielen der Männer bekämpft, die ihn vor sieben Jahren auf den Schild erhoben haben: Nationalsozialisten, Deutschnationale und Stahlhelm werden gegen Hindenburg sein!  
 In der kurzen Erklärung, mit der er sich an das deutsche Volk wendet, steht freilich nichts von dem schweren inneren Kampf, den er in den letzten Tagen und Wochen durchgemacht hatte. Kein bitteres Wort der Anklage gegen diejenigen, die ihm in Krieg und Frieden am nächsten standen und ihm heute ihr Vertrauen entzogen haben. Der alte Soldat hat das mit sich selber abgemacht. Aber die wenigen Sätze seiner Rundgebung lassen für jeden, der zwischen den Zeilen lesen kann, doch unendlich viel. Um des großen nationalen Zieles willen, das ihm in den letzten Jahren seiner Reichspräsidentenschaft unabhängig von Augen geschwebt hat: „Zusammenbruch des Volkes in seinem Existenzkampf, wolle hingegen jedes Deutschen in dem härtesten Ringen um die Erhaltung der Nation“ will er nicht fahrlässig handeln, will er den Wähler, auf den er vom Schicksal gestellt wurde, „nicht eigenmächtig verlassen“!

Man hat Hindenburg als den Kandidaten der Mitte und der gemäßigten Rechte bezeichnet, als den Kandidaten des von der Nationalen Opposition bekämpften „Systems“. Doch Hindenburg ist alles andere, als der Verächter eines Systems oder als der „Exponent“ irgendwelcher Parteien. Er ist Wahlvorschlag in des Wortes wahrer Bedeutung. In den vergangenen sieben Jahren hat er lautlos bewiesen, daß er das Vaterland über die Parteien stellt, daß er sich nie und nimmer zum Werkzeug irgendwelcher Sonderinteressen machen läßt. Und eben darum wird Hindenburg am 13. März seine Anhänger in allen Parteilagen finden. Wenn der Präsident des Reichspräsidentenbundes, General a. D. von Horn, sich zu Hindenburg bekannte, weil er sich „unabhängig von allen parteipolitischen Gezielen nur von dem Ehrgefühl für das Wohl des Vaterlandes leiten lasse“, dann hat er damit sicherlich die Zustimmung unzähliger aller Kriegskameraden und ehemaliger Wähler Hindenburgs gefunden — auch wenn sie heute zu den „Stahlhelmen“ gehören!

## Die Stellungnahme des „Kaffhäuser-Bundes“

Reichspräsident von Hindenburg empfing den Präsidenten des Reichskriegerbundes „Kaffhäuser“, General der Kavallerie a. D. von Horn, der ihm erneut das Vertrauen und die Erneu der im Frühjahrabend vereinigten alten Soldaten zum Ausdruck brachte.

## ... und des Stahlhelms.

Die Presseabteilung des Bundesamts des Stahlhelms teilt mit: Am Sonntag waren die Landesführer des Stahlhelms in Berlin zur Besprechung der Frage der Reichspräsidentenwahl versammelt.  
 Die Aussprache ergab in voller Einmütigkeit, daß der gesamte Stahlhelm wie im Jahre 1925 zum Einsatz für den Generalfeldmarschall von Hindenburg bereitsteht, wenn eine ausreichende sichtbare Voraussetzung für einen Kurswechsel geschaffen wird. Dem Herrn Reichspräsidenten ist dieses Ergebnis zur Kenntnis gebracht worden.

Vertreter des Stahlhelms haben dem Staatsstreich für Reichspräsidenten, Dr. Weizsäcker, eine mündliche Erklärung im Sinne der Stahlhelmmittlung zur Hindenburgwahl abgegeben. Staatsstreich Weizsäcker hat die Erklärung entgegengenommen, jede Verhandlung darüber aber abgelehnt.

## DVP für Hindenburg, aber für Opposition

Der Pressedienst der Deutschen Volkspartei teilt mit: „Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei tritt zur Erörterung der politischen Lage zusammen.“

Der Parteivorstand beschloß, alle Kräfte einzuziehen, damit Hindenburg mit überwältigender Mehrheit gewählt wird. Bei der Besprechung der Stellung der Partei zur Reichsregierung bestand völlige Einmütigkeit in der Festsetzung einer einseitigen, klaren und zielbewußten Opposition.

## Erklärung der DVP.

Die Deutschnationale Volkspartei teilt mit: „Die Kandidatur des Feldmarschalls von Hindenburg ist Tatsache geworden. Seitens der Regierung bräutig sind in der Frage der Reichspräsidentenwahl schwere Fehler begangen. Mit verächtlicher Gefährlichkeit hat die Bundesmatrikel die Hindenburgkandidatur betrieben. Selbst hat nicht nur dem Namen des Feldmarschalls, sondern auch dem Ansehen Deutschlands schweren Schaden zugefügt.“

Wir bedauern diese Entwicklung. Sie ist ein neuer Beweis für die Unfähigkeit des heutigen Systems, die Bedürfnisse Deutschlands zu erfüllen. Der Kampf gegen das System ist das oberste Gebot mittlerer Nationalpolitik. Hinter dies Gebot müssen auch alle Gefühle der Ehrerbietung zurücktreten, die wir vor dem Sieger von Zannberg setzen.  
 Das Weimarer System, verdrängt durch die schwarz-roten Parteien, verlor dauernd, die historische Gestalt des Feldmarschalls von Hindenburg als Schlüssel für zusammenfassenden Herrschaft auszuüben. Aus ihren Händen nimmt er nunmehr eine neue Kandidatur als Reichspräsident entgegen.  
 Diese Lage der Dinge macht es uns sehr unmöglich, unsere Stimmen, wiederum im Jahre 1925 für den Reichspräsidenten von Hindenburg abzugeben.  
 Die DVP wird vielmehr den Kampf um die Reichspräsidentenwahl im Sinne der Beschlüsse von Harzburg und mit dem Willen führen, eine grundsätzliche Kursänderung herbeizuführen.

## Hitler zur Kandidatur Hindenburgs.

München, 17. Februar.  
 An der Spitze des „Völkischen Beobachters“ wurde folgende Rundgebung Adolf Hitlers an die Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei veröffentlicht:  
 „Als letzter Versuch, das unheilvolle Weimarer System zu retten, haben sich die in hoffnungsvoller Minderzahl befindlichen Parteien der schwarz-roten Koalition entschlossen, den Generalfeldmarschall von Hindenburg zur Neuwahl des Reichspräsidenten vorzuschlagen. Damit soll die Politik des Zusammenbruchs, die ihre letzten Begründungen im Youngplan und in den Notverordnungen gefunden hatte, weiter fortgesetzt werden. Das nationale Deutschland wird darauf die einzig mögliche Antwort erteilen: Die nationalsozialistische Bewegung muß getreu dem Kampfe gegen das System diese Kandidatur ablehnen. Die Stunde der Auseinandersetzung mit den Novembermännern ist damit gekommen. Wir bedauern, daß der Generalfeldmarschall von Hindenburg sich bewegen ließ, seinen Namen in diesem Kampfe zu verbriefen zu lassen.“

## Auffeherregender Appell Oesterreichs

Wirtschaftliche Annäherung an andere Staaten unumgänglich.  
 Wien, 17. Februar.

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Dorsch hat die diplomatischen Vertreter der hauptsächlichsten Deutschland, England, Frankreich und Italien empfangen und ihnen eröffnet, daß Oesterreich unbedingt einer Erweiterung seines wirtschaftlichen Arbeitsraumes bedürfe. Die österreichische Regierung wünsche mit allen Nachbarstaaten und mit allen kriegigen Staaten, die dazu bereit seien, in Verhandlungen über eine wirtschaftliche Annäherung einzutreten. Bis her seien allerdings alle Versuche in dieser Richtung an politischen Schwierigkeiten gescheitert.

Der Bundeskanzler gab der Leberzeugung Ausdruck, daß die Regelung der Einfuhr, die durch die gegenwärtigen Handelsverträge zwischen Oesterreichs Wirtschaft einer größeren Erleichterung bedürfe.

## Paris.

### Wahlrechtsreform

157 Stimmen  
 Vertagung der Jnnge.

Die im Senat bei der Wahlrechtsreform im Jahre 1925 durchgeführten Änderungen sind in der Sitzung des Senats am 17. Februar durch den Reichspräsidenten, Dr. Weizsäcker, genehmigt worden. Die Änderungen betreffen die Wahlberechtigung im Reich und die Wahlberechtigung im Ausland.

Die im Senat bei der Wahlrechtsreform im Jahre 1925 durchgeführten Änderungen sind in der Sitzung des Senats am 17. Februar durch den Reichspräsidenten, Dr. Weizsäcker, genehmigt worden. Die Änderungen betreffen die Wahlberechtigung im Reich und die Wahlberechtigung im Ausland.

Die im Senat bei der Wahlrechtsreform im Jahre 1925 durchgeführten Änderungen sind in der Sitzung des Senats am 17. Februar durch den Reichspräsidenten, Dr. Weizsäcker, genehmigt worden. Die Änderungen betreffen die Wahlberechtigung im Reich und die Wahlberechtigung im Ausland.

Die im Senat bei der Wahlrechtsreform im Jahre 1925 durchgeführten Änderungen sind in der Sitzung des Senats am 17. Februar durch den Reichspräsidenten, Dr. Weizsäcker, genehmigt worden. Die Änderungen betreffen die Wahlberechtigung im Reich und die Wahlberechtigung im Ausland.

Die im Senat bei der Wahlrechtsreform im Jahre 1925 durchgeführten Änderungen sind in der Sitzung des Senats am 17. Februar durch den Reichspräsidenten, Dr. Weizsäcker, genehmigt worden. Die Änderungen betreffen die Wahlberechtigung im Reich und die Wahlberechtigung im Ausland.

Die im Senat bei der Wahlrechtsreform im Jahre 1925 durchgeführten Änderungen sind in der Sitzung des Senats am 17. Februar durch den Reichspräsidenten, Dr. Weizsäcker, genehmigt worden. Die Änderungen betreffen die Wahlberechtigung im Reich und die Wahlberechtigung im Ausland.

Die im Senat bei der Wahlrechtsreform im Jahre 1925 durchgeführten Änderungen sind in der Sitzung des Senats am 17. Februar durch den Reichspräsidenten, Dr. Weizsäcker, genehmigt worden. Die Änderungen betreffen die Wahlberechtigung im Reich und die Wahlberechtigung im Ausland.

Die im Senat bei der Wahlrechtsreform im Jahre 1925 durchgeführten Änderungen sind in der Sitzung des Senats am 17. Februar durch den Reichspräsidenten, Dr. Weizsäcker, genehmigt worden. Die Änderungen betreffen die Wahlberechtigung im Reich und die Wahlberechtigung im Ausland.

Die im Senat bei der Wahlrechtsreform im Jahre 1925 durchgeführten Änderungen sind in der Sitzung des Senats am 17. Februar durch den Reichspräsidenten, Dr. Weizsäcker, genehmigt worden. Die Änderungen betreffen die Wahlberechtigung im Reich und die Wahlberechtigung im Ausland.

Die im Senat bei der Wahlrechtsreform im Jahre 1925 durchgeführten Änderungen sind in der Sitzung des Senats am 17. Februar durch den Reichspräsidenten, Dr. Weizsäcker, genehmigt worden. Die Änderungen betreffen die Wahlberechtigung im Reich und die Wahlberechtigung im Ausland.